

CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

Saarland – Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Wallonie - Communauté Française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Empfehlung über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Digitalisierung in der Großregion

Der Interregionale Parlamentarierrat tagend in seiner Plenarsitzung am 1. Juni 2018,

- A. ist der Auffassung, dass sich die Digitalisierung von Beginn an durch die Idee einer Welt ohne Grenzen, einer Welt der Freiheiten, der neuen Möglichkeiten und der wechselseitigen solidarischen Verflechtung definiert,
- B. ist der Auffassung, dass die Digitalisierung, wenn sie gut eingesetzt wird, das Potenzial einer wirtschaftlichen, sozialen sowie kulturellen Bereicherung, des besseren Wissensaustausches, der Arbeitsplatzschaffung, der Produktivität, und der Anpassung der Arbeitszeit hat.
- C. ist der Meinung, dass eine schlecht eingesetzte Digitalisierung ein Instrument der Desinformation, der Kriminalität, des gnadenlosen Wettbewerbs, der sozialen Fraktur werden und Ängste hervorrufen kann, dass Arbeitnehmer ersetzt werden beziehungsweise, dass der Mensch schlicht und einfach durch Formen der Künstlichen Intelligenz ersetzt wird,
- D. ist der Auffassung, dass die Digitalisierung für die Großregion gleichbedeutend mit Zukunft ist und dass hinter den technischen, rechtlichen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen der Digitalisierung tiefgreifende demokratische Fragen stecken,
- E. ist der Auffassung, dass der Digitalisierungsprozess nicht nur den digitalen Bereich oder die Wirtschaft betrifft, sondern Bestandteil einer aktuell stattfindenden gesellschaftlichen Transformation ist und, dass es daher wichtig ist, dieses Thema globaler und übergreifender anzugehen,
- F. ist der Auffassung, dass die Digitalisierung in wirtschaftlicher Hinsicht einerseits sämtliche bestehenden Arbeitsplätze verändert angefangen beim Handwerk, über die Landwirtschaft und die Industrie und dass sie andererseits neue Arten von Arbeitsplätzen schafft.
- G. ist sich des Drucks, der sich daraus auf das bestehende Arbeitsrecht ergibt, und der Bedeutung der sozialen Verantwortung der Akteure der neuen digitalen Wirtschaft bewusst,
- H. ist der Auffassung, dass es deshalb dringend notwendig ist, die Lücken in den Gesetzesund Verordnungstexten gegenüber einer sich schnell verändernden wirtschaftlichen Realität zu schließen, um das Digitalisierungspotenzial größt- und bestmöglich nutzen zu können und dabei gleichzeitig die neuen Entwicklungen zu flankieren und zu regeln und auf diese Weise jeglichen Missbrauch zu verhindern,

- ist der Auffassung, dass die durch die Digitalisierung verursachte Beschleunigung der Entwicklung unserer Gesellschaften nicht zu Lasten der demokratischen Auseinandersetzung gehen darf,
- J. ist der Auffassung, dass eine Koordination zwischen allen Akteuren in der Großregion unabdingbar ist, um den digitalen Herausforderungen zu begegnen und zu einem intelligenten und nachhaltigen Wachstum zu gelangen,
- K. unterstreicht, dass die aktuellen digitalen und technologischen Veränderungen das Potenzial haben, zu einem Wachstumsmotor für die Unternehmen und zu einem Hebel für den Umbau der Industrie zu werden und dabei eine Wissensgesellschaft zu schaffen, in der der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der Großregion gewahrt bleibt,
- L. ist der Auffassung, dass die Digitalisierung angesichts der sehr vielfältigen Struktur der großregionalen Wirtschaft kein einheitliches Phänomen ist und die verschiedenen Branchen unterschiedlich beeinflussen wird,
- M. ist der Auffassung, dass die Großregion dank ihres umfangreichen Netzwerks von Universitäten, Forschungszentren und Hochschulen über alle notwendigen Voraussetzungen verfügt, um die Chancen der Digitalisierung vollständig nutzen zu können und sich noch stärker als erstklassiger Ansiedlungsort für Unternehmen aus dem Bereich der neuen Technologien durchzusetzen,
- N. unterstreicht, dass die aktuelle Entwicklung, in der sich die Unternehmen befinden, für sie auch die Notwendigkeit mit sich bringt, sich neu zu erfinden, ihre traditionellen Denkmuster zu hinterfragen und ihre Arbeitsweise an den Erneuerungsdruck anzupassen, um möglichst großen Nutzen aus der digitalen Welt, in der sie sich entwickeln, zu ziehen,
- O. ist der Auffassung, dass der Automatisierungs- und Digitalisierungsprozess der Wirtschaft tiefgreifende Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Organisation der Arbeit sowie auf die sozialen Beziehungen haben wird,
- P. ist der Auffassung, dass es für die Großregion weniger um "das Ende der Arbeit" als um die Transformation der Arbeitsplätze gehen wird, und sich ein grosser Teil der Arbeitsplätze tiefgreifend verändern wird,
- Q. ist der Meinung, dass die größte Herausforderung darin besteht, die Kompetenzen an die Bedürfnisse einer sich wandelnden Wirtschaft anzupassen und dass angesichts eines ausgeprägten und zunehmenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften im Bereich der neuen Technologien in der Großregion und zur Deckung des Kompetenzbedarfs, ein signifikanter Anteil der Bevölkerung seine digitalen Kenntnisse und seine "Soft skills" schnell erwerben oder ausbauen muss.
- R. ist der Auffassung, dass es angesichts der schnellen Entwicklung des technologischen Umfeldes unumgänglich ist, die Schul- und Berufsbildung und -orientierung anzupassen,
- S. unterstreicht die Notwendigkeit, die Digitalisierung nicht nur als Lerninstrument, sondern auch als pädagogisches Instrument in die Schulen zu integrieren,

Empfiehlt nach der am 15. November 2017 in Luxemburg im Rahmen der luxemburgischen Präsidentschaft des Gipfels der Großregion stattgefundenen Konferenz über die Folgen der Digitalisierung auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt und nach der am 20. April 2018 in Ciney über die Auswirkungen der digitalen Revolution auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung stattgefundenen Sitzung der Kommissionen 1 "Wirtschaftliche Fragen", 2 "Soziale Fragen" und 5 "Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur",

- 1. eine Politik zu verfolgen, die ganz auf das Potenzial der Digitalisierung setzt, bestehende Arbeitskräfte zu konsolidieren und neue qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen,
- 2. das rechtliche, soziale, finanzielle und steuerliche Umfeld im Interesse der Schaffung eines geeigneten Umfelds zur Weiterentwicklung neuer Technologien anzupassen, und die Großregion zu einer "digitalen Leuchtturmregion" umzubauen.
- 3. eine Strategie zur digitalen Entwicklung zu fördern, die sich an den jeweiligen Kompetenzen der verschiedenen Regionen orientiert, den Besonderheiten jeder Branche bestmöglich gerecht wird und die soziale Dimension integriert,
- 4. das bestehende Arbeitsrecht an die technologischen Umwälzungen und an das Entstehen der "Plattformökonomie" anzupassen, um sicherzustellen, dass die durch die Digitalisierung neu entstehenden Arbeitsformen die Qualität der Arbeitsplätze verbessern und nicht zu einer Prekarisierung der Arbeit führen,
- 5. neue innovative Wege zu gehen, um der Dualisierung der Arbeitswelt vorzubeugen und die sozio-ökonomischen Ungleichheiten aufgrund der Digitalisierung zu vermeiden,
- 6. die Bedürfnisse und Defizite bezüglich der erforderlichen Kompetenzen genau herauszuarbeiten, die Unterrichtssysteme entsprechend zu modernisieren und das Entstehen neuer
 Unterrichtsmodelle mit Hilfe der in diesem Bereich entwickelten Innovationen mit dem Ziel
 zu fördern, ein Bildungsmodell des 21. Jahrhunderts zu schaffen,
- 7. darauf zu achten, dass die digitale Infrastruktur in den Bildungseinrichtungen und Ausbildungszentren dem aktuellen Stand der Technik gerecht werden und bei der Lehrerfortbildung der Digitalisierung ein besonderes Augenmerk geschenkt wird,
- 8. das Kooperationspotenzial zwischen den unterschiedlichen Ausbildungszentren in der Großregion (Schulen, Universitäten, Weiterbildungsinstitute, Unternehmen) stärker auszuschöpfen und sich dabei besser abzustimmen,
- angesichts der Digitalisierung der Arbeit die Neuorganisation der Beschäftigung in Zeit und Raum konsequent zu fördern, um gesellschaftlichen, ökologischen und familiären Herausforderungen gerecht zu werden,
- 10. die im Zusammenhäng mit der aktuellen technologischen Revolution stehenden Transformationen in den Mittelpunkt des Sozialdialogs zu stellen.
- 11. Die Weiterentwicklung der Infrastrukturen zu intensivieren und damit für alle gering besiedelten Gebiete in der Großregion einen Internetzugang sicherzustellen.

Der Interregionale Parlamentarierrat richtet diese Empfehlung

- an den Regionalrat der Region Grand Est
- an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- an die Regierung der Fédération Bruxelles-Wallonie
- an die Regierung der Wallonie
- an die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
- an die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz
- an die Regierung des Saarlandes
- an das Sekretariat des Gipfels der Großregion

Luxemburg, den 1. Juni 2018